

Resolution

der Delegierten-Vollversammlung der AGABY

Den Folgen der Wirtschaftskrise als Gefahr für die Integrationsprozesse begegnen

- Die Krise trifft die Migrantenbevölkerung besonders hart
- Die Krise verunsichert die Bevölkerung und verstärkt rechte politische Tendenzen
- Integrationsfördernde Projekte sind in Folge der Finanzengpässe in den Kommunen gefährdet
- Die geplanten Steuersenkungen und zu erwartenden Mindereinnahmen der Länder könnten die Möglichkeiten der gerade für die Integration und Gleichstellung von Kindern so wichtigen infrastrukturellen Projekte, wie Investitionen in die Bildung und Verbesserung der Bildungsteilhabe, schmälern.

Von den negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise ist die gesamte Gesellschaft betroffen. Auch die Menschen mit Migrationsgeschichte spüren diese Folgen, je nach individueller Stellung und Situation in unterschiedlichem Ausmaß. Insgesamt aber ist zu befürchten, dass die Migrantenbevölkerung in Deutschland besonders stark unter den Folgen der Wirtschaftskrise zu leiden haben wird.¹

Steigende Arbeitslosigkeit und zunehmende Alters- und Kinderarmut

Bereits vor der Krise waren Ausländerinnen und Ausländer viel stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche²: die Arbeitslosenquote der Ausländer war in den letzten Jahren im Durchschnitt doppelt so hoch wie die der Deutschen³. Die Ursachen liegen zum einen in der traditionellen Beschäftigungsstruktur dieser Gruppe: ihre Beschäftigung in einem sich im Wandel begriffenen, produzierenden Gewerbe sowie in niedrig qualifizierten Jobs und im Niedriglohnsektor, häufig auch als Leiharbeiter. Zum anderen sind sie im Vergleich zu Nicht-Migranten zusätzlich benachteiligt, wenn es um die Anerkennungspraxis von mitgebrachten Qualifikationen und Berufserfahrungen geht – 2007 lebten in Deutschland rund 500.000 zugewanderte Akademiker, deren Abschluss nicht anerkannt wurde und die deshalb unqualifizierten oder nicht ausbildungsadäquaten Tätigkeiten nachgehen mussten⁴ – aber auch bei der Anforderung von Sprachkompetenzen in der deutschen Sprache. Hinzu kommen rassistische Diskriminierungsmechanismen auf dem Arbeitsmarkt – Ausbildungsplatzsuchende mit ausländischem Namen werden seltener zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen und Akademiker mit Migrationshintergrund sind dreimal so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Akademiker ohne Migrationshintergrund.⁵

Menschen mit Migrationshintergrund sind zudem überproportional von Altersarmut und Kinderarmut betroffen. Menschen mit Migrationshintergrund haben ein fast doppelt so hohes Armutsrisiko wie Menschen ohne Migrationshintergrund.⁶ Kinder aus Zuwandererfamilien sind in Deutschland besonders stark von relativer Armut betroffen: Ihre Armutsrate hat sich in den 1990er Jahren von fünf auf 15% verdreifacht.⁷ Die Wirtschaftskrise und die Belastung der

öffentlichen Haushalte lässt keine Milderung, sondern eine Verschlimmerung dieser Entwicklung erwarten.

Gefahr der gesellschaftlichen Ausgrenzung

Wachsende Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Isolation in Folge der Armut drängt die Menschen an den Rand der Gesellschaft und gefährdet die Integration. Es verschlechtern sich jedoch nicht nur die beruflichen und wirtschaftlichen Bedingungen für die Integration. Die Wirtschaftskrise verunsichert auch die Mehrheitsbevölkerung. Die aktuelle Studie „Deutsche Zustände“ (sogenannte Heitmeyer-Studie) zeigt, dass die Bereitschaft zur Akzeptanz von Minderheiten und zur Solidarität mit den Schwächeren allgemein abgenommen hat. Ein Erstarken der Rechten und ihrer rassistischen und fremdenfeindlichen Positionen ist zu befürchten. Gerade in den letzten Jahren gewachsenen politischen und öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema Integration und dem zarten Pflänzchen der Bemühungen der Kommunen in diesem Bereich droht ein Rückschlag. Denn Projekte im Bereich Integration, interkulturelle Öffnung und Gleichstellung gelten immer noch als „freiwillige“ Aufgaben, die in Zeiten leerer öffentlicher Kassen den Pflichtaufgaben weichen müssen. Angesichts der beruflichen Perspektivlosigkeit und einem Klima gesellschaftlicher Ausgrenzung sind auch Ethnisierungs- und Selbstsegregationstendenzen oder gar eine zunehmende Attraktivität extremistischer Gruppen unter den Migranten nicht auszuschließen.

Die Krise, obgleich nicht von allen Teilen der Gesellschaft verschuldet, muss durch die Solidarität der gesamten Gesellschaft gemeistert werden. Migrantinnen und Migranten leisten hierzu wie andere Teile der Bevölkerung ihren Beitrag. Die Krise kann und muss auch als Chance begriffen werden, um bestehende Probleme wahrzunehmen und ihnen gezielt entgegenzuwirken.

Wir, Delegierte der kommunalen Ausländerbeiräte Bayerns, fordern

- die gesellschaftliche Solidarität zu stärken und sowohl die migrantische als auch die Mehrheitsbevölkerung für Anerkennung und Mitwirkung an einer gemeinsamen Zukunft als einzige demokratische Alternative zu gewinnen.
- wachsende Armut und die ungleiche Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen durch sozialstaatliche Maßnahmen zu bekämpfen.
- mit einer Null-Toleranzpolitik gegenüber den rassistischen und diskriminierenden Haltungen die Gesellschaft vor rechten Tendenzen zu schützen.
- durch eine aktive Antidiskriminierungspolitik sowie die interkulturelle Öffnung gesellschaftlicher Institutionen die Teilhabe aller zu stärken und alle Ressourcen der Gesellschaft zu nutzen.
- durch Investitionen in Bildung und Weiterqualifikation sowie die Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen von Migranten ihre Position auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig zu verbessern und die Weichen für eine auch in der Zukunft starke soziale Marktwirtschaft und demokratische Gesellschaft in Deutschland zu stellen.
- die Integration als prioritäre und wichtige Aufgabe der Kommunen, des Bundes und der Länder mit angemessenen gesetzlichen Rahmenbedingungen und sicheren finanziellen Ressourcen zu fördern. Die Kommunen dürfen bei dieser gesamtgesellschaftlichen Pflichtaufgabe nicht allein gelassen werden.

Zirndorf, 31. Januar 2010

¹ OECD (2009): Internationaler Migrationsausblick SOPEMI 2009 - Zusammenfassung in Deutsch. S. 2f.: <http://www.oecd.org/dataoecd/40/63/43182011.pdf> (20.01.2010).

² Die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): Siebter Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. S. 58.

³ Bundesagentur für Arbeit (2009): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf. Arbeitslose Deutsche und Ausländer – Jahres-

zahlen. Dezember 2009.

⁴ Die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): Siebter Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. S. 62.

⁵ Deutscher Bundestag (2009): Drucksache 17/117 – Antrag der Fraktion DIE LINKE „Für eine zügige und umfassende Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen“.

⁶ Bundesregierung (2008): Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. S. 140.

⁷ UNICEF (2005): Child Poverty in Rich Countries 2005. S. 25.